

UNSERE WOCHE IM LANDTAG



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

ab dem 1. August 2026 wird bundesweit stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Die Realisierung ist vor allem für die Kommunen als Sachaufwandsträger eine enorme Belastung. Für uns ist klar: Es reicht nicht, einen Rechtsanspruch auf dem Papier zu beschließen, er muss auch in der Praxis umsetzbar sein. Deshalb haben wir die neue Bundesregierung in dieser Woche mittels Dringlichkeitsantrag dazu aufgefordert, bestehende Mängel zu korrigieren. Denn wir brauchen mehr Flexibilität, Pragmatismus, realistische Fristen und eine faire Finanzierung für die Kommunen.

Mittels eines weiteren Dringlichkeitsantrags haben wir uns außerdem für eine Vereinfachung der Brandschutzvorgaben und eine Reduzierung unnötiger Kostensteigerungen im Bau-



wesen eingesetzt. Denn wir beobachten, dass zunehmend von Dritten verursachte Kosten als Brandschutzkosten deklariert und damit dem vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz der Feuerwehren zugerechnet werden. Dies führt zu einer erheblichen Verteuerung von Bauprojekten.

Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger hat in dieser Woche zudem eine Reform des Jagdgesetzes angestoßen, die in unserer Fraktion sowie bei Waldbesitzern und Jägern auf positive Resonanz stößt. Demnach sollen Jagdgenossenschaften und Jagdpächter, die sich dazu in der Lage sehen, künftig das Recht erhalten, die Rehwildbewirtschaftung eigenständig und ohne behördliche Vorgaben zu regeln.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche!

Alexander Hold, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags



RÜCKBLICK

NACHBESSERUNGEN BEIM GANZTAGSANSPRUCH: MEHR FLEXIBILITÄT, PRAGMATISMUS, REALISTISCHE FRISTEN UND EINE FAIRE FINANZIERUNG FÜR KOMMUNEN

Ab dem 1. August 2026 wird bundesweit stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Die Realisierung ist vor allem für die Kommunen als Sachaufwandsträger eine enorme Belastung. Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir daher zum Plenum am Donnerstag Nachbesserungen gefordert. Denn der bundesweite Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 klingt auf dem Papier wunderbar – doch wer soll ihn umsetzen? Wer soll ihn bezahlen? Und wer muss sich am Ende mit den realen Problemen herumschlagen? Unsere Kommunen, die sowieso schon mit Personal-mangel, steigenden Kosten und wachsendem Verwaltungsaufwand zu kämpfen haben.

Für uns steht fest: So geht das nicht. Wir dürfen unsere Kommunen und Landkreise nicht im Stich lassen. Eine Politik, die nur Rechtsansprüche produziert, aber die Realität und das Konnexitätsprinzip ignoriert, ist verantwortungslos. Ein Problem ist beispielsweise die Ferienbetreuung: Freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit leisten hier seit Jahren hervorragende Arbeit, doch der Bund erkennt ihre Angebote nicht als rechtsanspruchserfüllend an – weil sie keine Betriebserlaubnis haben oder nicht unter Schulaufsicht stehen. Das ist absurd! Wer Kinder in den Ferien gut betreut, muss auch als Teil der Lösung anerkannt werden. Hier braucht es dringend eine Klarstellung im Sozialgesetzbuch. Ein weiteres Problem sind die viel zu knappen Fristen für den Ausbau der Betreuungsplätze. Die Zeit reicht nicht aus, um alle nötigen Investitionen zu tätigen – weder für

Neubauten noch für Umbaumaßnahmen. Deshalb fordern wir eine Verlängerung der Fertigstellungsfrist. Mehr [\[HIER\]](#).

VEREINFACHUNGEN IM BRANDSCHUTZ: WIR SAGEN VERTEUERUNG VON BAUPROJEKTEN DEN KAMPF AN!

Mittels Dringlichkeitsantrag haben wir am Donnerstag eine Vereinfachung der Brandschutzvorgaben gefordert und uns für eine Reduzierung unnötiger Kostensteigerungen im Bauwesen eingesetzt. Denn wir beobachten, dass zunehmend von Dritten verursachte Kosten als Brandschutzkosten deklariert und damit dem vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz der Feuerwehren zugerechnet werden. Dies führt zu einer erheblichen Verteuerung von Bauprojekten. Insbesondere durch über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Normen und privatrechtliche Regelungen steigen die Baukosten unnötig an – und das, obwohl die öffentlich-rechtlichen Vorgaben zum Brandschutz bereits ausgewogen sind und die Behörden sogar ein gewisses Restrisiko akzeptieren.

In der Praxis zeigt sich, dass durch technische Normen und privatrechtliche Regelungen wie etwa des DIN, des VdS, des VDI oder von Industrieverbänden häufig ein deutlich höherer Standard gefordert wird, als tatsäch-



lich erforderlich ist. Zwar sind Abweichungen von den »anerkannten Regeln der Technik« bauvertragsrechtlich möglich, doch sie bergen erhebliche Rechtsunsicherheiten und Prozessrisiken. Infolgedessen werden Bauvorhaben häufig pauschal nach allen DIN-Normen umgesetzt – selbst dort, wo dies für gutes Wohnen nicht zwingend erforderlich ist.

Wir fordern den Bund daher auf, gesetzlich zu regeln, dass im Bauvertragsrecht für den Brandschutz nur die zwingenden bauordnungs- und sicherheitsrechtlichen Anforderungen verbindlich sind – es sei denn, die Vertragsparteien vereinbaren ausdrücklich etwas anderes. Zudem sollen Versicherungen verpflichtet werden, im Regelfall die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Brandschutzvorgaben als Mindestmaß zu versichern. So können wir Rechtsunsicherheiten vermeiden und gleichzeitig die Baukosten senken.

Ich selbst erlebe aktuell allerdings immer wieder, dass die Genehmigungsbehörden übers Ziel hinausschießen und Baumaßnahmen unnötig verteuern, indem sie vom Bauherrn mehr fordern als sicherheitsrechtlich erforderlich. Hier muss in manchen Köpfen dringend ein Umdenken einsetzen. Denn wir brauchen natürlich die erforderliche Sicherheit, aber nicht Netz und doppelten Boden. Mehr [\[HIER\]](#).



KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2024: KÜNFTIGE BUNDESREGIERUNG MUSS IRREGULÄRE MIGRATION WIRKSAM UNTERBINDEN

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2024 machen deutlich: Bayern ist im bundesweiten Vergleich weiterhin das mit Abstand sicherste Bundesland! Die Zahl der Gesamtkriminalität ging im Vergleich zum Vorjahr leicht zurück, gleichzeitig verzeichnet die Bayerische Polizei wei-

terhin eine außergewöhnlich hohe Aufklärungsquote. Unser Dank gilt daher der Polizei im Freistaat und unseren Sicherheitsbehörden!

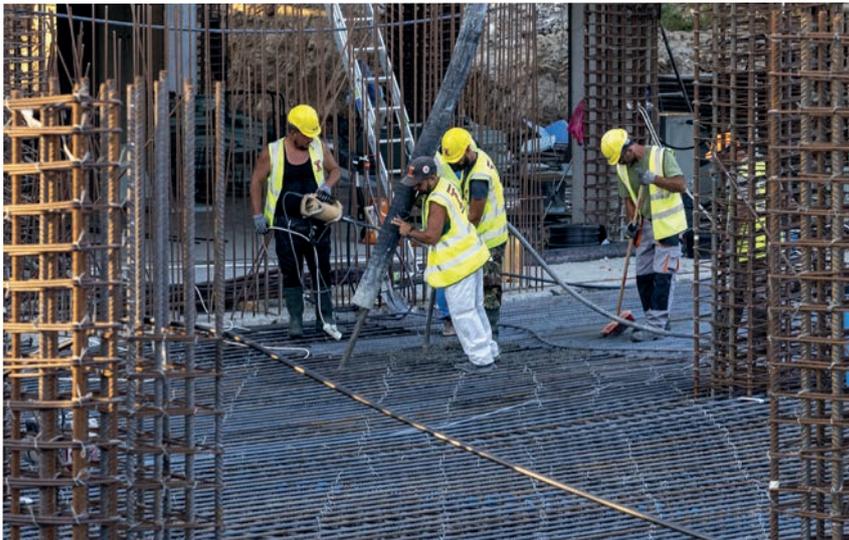
Gleichzeitig stimmen uns die weiter ansteigenden Zahlen im Bereich der Gewaltkriminalität nachdenklich – vor allem bei minderjährigen Tatverdächtigen. Auch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung steigen weiter an. Der Anstieg beim Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger zeigt, dass die künftige Bundesregierung die irreguläre Migration endlich wirksam unterbinden muss. Mehr [\[HIER\]](#).



JAGDGESETZ-REFORM: NOVELLE SOLLTE JETZT DURCH BAYERNKOALITION ZÜGIG AUF DEN WEG GEBRACHT WERDEN

Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger hat eine Reform des Jagdgesetzes angestoßen, die in unserer Fraktion sowie bei Waldbesitzern und Jägern auf positive Resonanz stößt. Demnach sollen Jagdgenossenschaften und Jagdpächter, die sich dazu in der Lage sehen, künftig das Recht erhalten, die Rehwildbewirtschaftung eigenständig und ohne behördliche Vorgaben zu regeln. Regelmäßige Begehungen der Wälder und eine enge Abstimmung mit der Forstwirtschaft sollen helfen, das bestehende Dilemma zu lösen und ein ausgewogenes Wald-Wild-Verhältnis zu schaffen.

Die bisherige Abschlussplanung hat sich als ineffektiv erwiesen – Fortschritte blieben aus und Konflikte zwischen Verbänden waren an der Tagesordnung. Aiwanger setzt auf mehr Selbstverantwortung und Vertrauen in die Akteure vor Ort statt zentraler Planung. Seine Reform reduziert Bürokratie und schafft echte Chancen, Wildschäden eigenverantwortlich zu minimieren. Landwirtschaftsministerin Kaniber hat zwar in eher unwürdigem Stil versucht, den Entwurf schlechtzureden und behauptet, es handele sich um einen Schnellschuss, bei dem die Belange des Waldes nicht berücksichtigt wurden. Der Verbandschef des Bayerischen Waldbesitzerverbandes Bernhard Breitsameter dazu: »... der Vorschlag von Aiwanger ist eine gute Diskussionsgrundlage.« Dass Kaniber Aiwangers Gesetz als Schnellschuss bezeichnet hat, findet Breitsameter nicht richtig. Er spreche immerhin seit Oktober mit beiden Ministerien – und jetzt müsse man sich halt noch einmal zusammensetzen. (Quelle: BR24) Mehr [\[HIER\]](#).



ENTBÜROKRATISIERUNG BEIM WOHNUNGSBAU: WIR ERWARTEN AUS BERLIN KONKRETE ZUSAGEN ANSTATT DAUERDEBATTEN

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns bereits seit Jahren dafür ein, dass Bauen in Bayern schneller und unkomplizierter möglich ist. Wir haben mit dem Ersten und Zweiten Modernisierungsgesetz Bayern deutliche Vereinfachungen bei Genehmigungsverfahren durchgesetzt und geben den Kommunen mehr Eigenverantwortung. Diese können nun selbst entscheiden, ob sie die Errichtung von Spiel- und Stellplätzen vorschreiben möchten.

Aus Berlin erwarten wir als FREIE WÄHLER-Fraktion jetzt klare Entscheidungen und konkrete Zusagen anstatt Dauerdebatten. Beispielsweise darf der Wohnungsbau im Rahmen des Sondervermögens nicht vergessen werden. Denn

Wohnraum ist Daseinsfürsorge. Die soziale Stabilität unseres Landes muss uns das wert sein. Mehr [\[HIER\]](#).

GEMEINSAME SITZUNG DER FREIE WÄHLER-FRAKTION MIT DEM BAYERISCHEN LANDESSTUDIENDENRAT IM MAXIMILIANEUM

Schnellerer Ausbau von Wohnheimen, unbürokratischeres BAföG-Management und Rückkehr zum 29-Euro-Ticket für günstige studentische Mobilität: Das waren drei der wichtigsten Anliegen des Bayerischen Landesstudierendenrats bei seiner gemeinsamen Sitzung mit der FREIE WÄHLER-Fraktion am Sonntag im Maximilianeum.

Im Rahmen der Sitzung verabschiedete der Bayerische Landesstudierendenrat sein Grundsatzprogramm mit einer Vision für das Jahr 2035. Der gemeinsame Austausch war ein starkes Zeichen für die Studierenden in Bayern. Mit dem Landesstudierendenrat setzen wir uns dafür ein, Bayern zu einem noch attraktiveren Hochschulstandort zu machen. Wir FREIE WÄHLER im Landtag freuen uns, dass wir unseren akademischen Nachwuchs dabei nach Kräften unterstützen können. Mehr [\[HIER\]](#).



KURZNEWS

#MERZMUSSLIEFERN:

MEHRWERTSTEUERSATZ DAUERHAFT SENKEN!

Bereits im vergangenen Jahr haben wir gefordert, den Mehrwertsteuersatz für Speisen und Getränke dauerhaft von 19 auf sieben Prozent zu senken. Nun konnten wir zumindest einen Teilerfolg verzeichnen: Die angehende Bundesregierung aus CDU und SPD will unser Vorhaben umsetzen – allerdings nur in Bezug auf Speisen. Das reicht uns nicht: Wir fordern eine Gesamtumsetzung und damit eine Ausweitung des ermäßigten Steuersatzes auch auf die Abgabe von Getränken. Welche Themen die neue Bundesregierung noch angehen muss, erfährt Ihr [\[HIER\]](#) auf unserem Instagram-Kanal.

AUSTAUSCH MIT DEN YOUNG FISHERMEN

Bei einem Fachgespräch mit den Young Fishermen haben wir uns über Bayerns Teiche ausgetauscht. Denn werden diese nach der guten fachlichen Praxis der traditionellen Karpfenteichwirtschaft betrieben, besitzen sie einen großen Wert als Biotope und Rückzugsraum für den Erhalt der Biodiversität – und ganz nebenbei erzeugt die Bayerische Fischerei nachhaltige, regionale und gesunde Lebensmittel. Leider werden die Teichwirte durch vielfältige Aspekte in ihrer Existenz bedroht, unter anderem durch den Fischotter. Umso mehr hat es uns gefreut, junge, top ausgebildete und hochmotivierte Teichwirte im Maximilianeum zu empfangen. [\[HIER\]](#) geht's zu den Bildern.

#STREIBLSSTANDPUNKT:

EIN EIGENES LADENSCHLUSSGESETZ FÜR BAYERN!

Nach einer breiten Beteiligung aller betroffenen Verbände und Interessengruppen hat der Ministerrat in dieser Woche den Entwurf für ein eigenes Bayerisches Ladenschlussgesetz beschlossen. Die Staatsregierung bringt den Entwurf nun in den Bayerischen Landtag ein. Warum wir als FREIE WÄHLER-Fraktion dahinterstehen, erklärt unser Vorsitzender Florian Streibl [\[HIER\]](#).

#LOCKEIMLANDTAG: FRAKTIONSINITIATIVEN!

Im Rahmen der milliardenschweren Ausgaben des Freistaats gibt es für uns als Regierungsfraktion die Möglichkeit, mit den Fraktionsinitiativen bayernweite und regionale Akzente zu setzen. Die geförderten Projekte kommen den Menschen vor Ort zugute und werden von unterschiedlichen Akteuren wie Vereinen, Gemeinden oder Institutionen getragen. Wie dieser wichtige Mechanismus im baye-

rischen Haushalt funktioniert, erklärt unser Parlamentarischer Geschäftsführer Felix Locke [\[HIER\]](#).

GEMEINSAM FÜR MEMMINGEN: WICHTIGE IMPULSE AUS DEM AUSTAUSCH MIT OB ROTHENBACHER

Für unsere Fraktion betreue ich auch die Stadt Memmingen. Der Austausch mit Bürgern, Unternehmern und vor allem auch lokalen Entscheidungsträgern ist mir sehr wichtig, um eine Kommune wirkungsvoll zu betreuen. Daher habe ich mich in dieser Woche mit Memmingens Oberbürgermeister Jan Rothenbacher getroffen und aktuelle Themen der Landes- und auch der Stadtpolitik besprochen. Memmingen ist ja aktuell wegen des Jubiläums »500 Jahre 12 Artikel« nicht nur die Stadt der Freiheitsrechte, sondern im Mittelpunkt der Demokratiediskussionen. Trotz Bundespräsidentenbesuch und einer Vielzahl von Feierlichkeiten drückt aber auch die stolze Reichsstadt an manchen Stellen der Schuh. Von Bürokratie bis zu Nachwuchsmangel habe ich aus dem sehr guten und fachlich fundierten Gespräch wichtige Anregungen für meine Arbeit in München mitgenommen. Nicht zuletzt sind wir uns auch einig im Engagement für eine Lösung der asymmetrischen und unsolidarischen Finanzierung des Landestheaters Schwaben.





NEUES ZUHAUSE FÜR PFLEGEKRÄFTE UND STUDIERENDE: RICHTFEST AM CALGEERPARK IN KEMPTEN

Mit großer Freude durfte ich in dieser Woche das Richtfest für das neue Wohnprojekt der Sozialbau Kempten GmbH am Calgeerpark in Kempten feiern! Dieses innovative Bauvorhaben ist ein weiterer Schritt, um dringend benötigten Wohnraum für Pflegekräfte und Studierende zu schaffen. Insgesamt werden 68 moderne Apartments entstehen, davon 50 für die Mitarbeitenden des Klinikverbund Allgäu und 18 für Studierende. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur sozialen Infrastruktur unserer Heimatstadt. Der Bau schreitet mit großen Fortschritten voran – das Ziel ist der Einzug im Oktober 2025. Besonders hervorzuheben ist die nachhaltige Holz-Elementbauweise mit vorgefertigten Modulen, die nicht nur ressourcenschonend, sondern auch effizient ist. Zusätzlich wird das Gebäude mit einer energieeffizienten Ausstattung versehen, darunter eine Photovoltaikanlage und ein Fernwärmeanschluss. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Projekts ist die umweltfreundliche Gestaltung, die auch das Recycling von Baustoffen für den Neubau umfasst. Ich danke allen Beteiligten für ihr großes Engagement und ihre harte Arbeit, die dieses zukunftsfähige Projekt möglich machen! Gemeinsam gestalten wir eine lebenswerte und nachhaltige Stadt für die kommenden Generationen.

INNOVATIONEN FÜR MORGEN: PARLAMENTARISCHER AUSTAUSCH ZUR KREISLAUFWIRTSCHAFT

Mit großer Fachkenntnis leitete Umweltminister Thorsten Glauber den Parlamentarischen Abend des Sachverständigenrats Bioökonomie Bayern ein. In aufschlussreichen Impulsvorträgen wurden die Potenziale von CUTS (European Carbon Utilization Trading System) zur stofflichen Nutzung erneuerbarer Kohlenstoffquellen sowie die Rolle von Narrativen in der Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft disku-



tiert – und wie sie Fortschritt fördern oder bremsen können. Die anschließende Diskussion beleuchtete aus unterschiedlichen Perspektiven, wie der Wandel hin zu einer zirkulären, biobasierten Wirtschafts- und Lebensweise gelingen kann. Beim geselligen Ausklang war die Stimmung – auch bei meinen Fraktionskollegen Anton Rittel (links) und Bernhard Heinsch (Mitte) hervorragend!

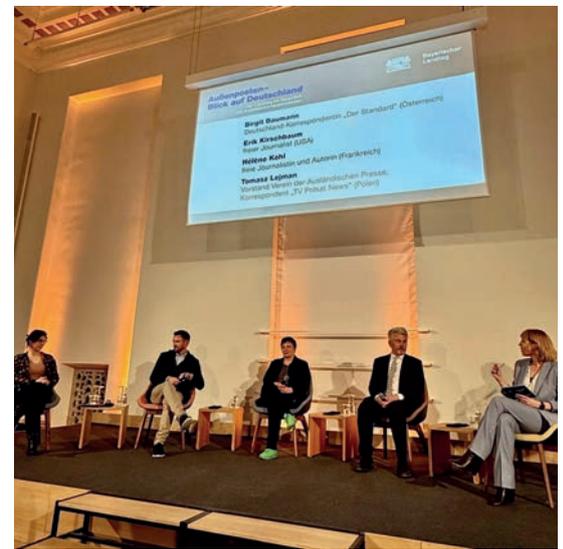
DEUTSCHLAND IM SPIEGEL DER WELT: AUSLANDSKORRESPONDENTEN IM LANDTAG

Gerade in Zeiten des Umbruchs tut es gut, nicht aus den Augen zu verlieren, was denn die anderen von uns denken und was sie von uns erwarten. Eine hervorragende Gelegenheit dazu bot in dieser Woche die Veranstaltung im Bayerischen Landtag mit langjährigen Auslandskorrespondenten aus Frankreich, USA, Polen und Österreich. Der für die »Los Angeles Times« arbeitende US-Amerikaner Erik Kirschbaum wusste zu berichten, dass die Bundestagswahl die Menschen in den USA eher weniger interessiert habe. Seit vielen Jahren habe sich dort aber die Meinung festgesetzt, dass die Deutschen in Sachen Sicherheitspolitik Schmarotzer seien. Man wünsche sich in den USA allgemein mehr Patriotismus von



den Deutschen. Der polnische Fernsehjournalist Tomasz Lejman erwartet von Deutschland endlich Fortschritte bei der Digitalisierung. Sein Heimatland Polen sei da 20 Jahre voraus. Zudem dürften die Deutschen nicht immer nur die Gefahren sehen. Künstliche Intelligenz sei nun einmal Realität und wir müssten sie aktiv nutzen, um nicht den Anschluss zu verlieren. Kanzler Scholz sei in den letzten Jahren auch bei der Unterstützung der Ukraine nicht als Aktivposten wahrgenommen worden. Nun setze Polen große Hoffnungen in gemeinsame europäische Rüstungsbeschaffung. Österreich – so Birgit Baumann, Deutschland-Korrespondentin der österreichischen Tageszeitung *Standard* – frage sich angesichts der neuen Infrastruktur-Schulden Deutschlands vor allem: Was fällt davon für unsere Unternehmen ab. Schließlich ist Deutschland der wichtigste Handelspartner. Man habe größtes Interesse, dass Deutschland wieder wirtschaftlich stark werde. Lange erzählte man sich im Lande genüsslich den Witz: Früher kamen die Deutschen als zahlungskräftige Gäste, nun kommen sie als Kellner. Inzwischen sei ihnen jedoch bewusst, dass man auf die Wirtschaftskraft der Gäste aus Deutschland angewiesen sei.

Frankreich erwarte sich von der neuen Bundesregierung Impulse für gemeinsame Investitionen und eine gemeinsame Rüstungspolitik. Das Ende der Atomenergie habe Frankreich ebenso für Unverständnis gesorgt wie den Anspruch auf eine feministische Außenpolitik von Annalena Baerbock. Héléne Kohl von der französischen Sonntagszeitung »La Tribune Dimanche« führte aber auch aus, dass die deutsche Außenministerin sich mit den französischen Kollegen besser verstanden habe als ihre Vorgänger aus der Merkel-Zeit mit einer manchmal verstörenden Ost-Orientierung. Auf Friedrich Merz setze man große Hoffnungen, allein schon wegen seiner – im Vergleich dazu – ermutigenden Sozialisierung nahe Frankreich und seiner Zeit als Europa-Politiker.



Das Thema europäischer nuklearer Schutzschirm werde sicher in nächster Zeit sehr wichtig werden. Frankreich werde dabei sicher die Frage gegenüber Deutschland aufwerfen, wer die Kosten dafür zahle.

Insgesamt ein hochinteressanter Abend, der wieder einmal klar machte: Wir müssen uns in Europa besser kennenlernen, um uns zu verstehen. Und nur wenn wir uns verstehen, werden wir die Herausforderungen gemeinsam lösen können.

ZUKUNFT DER FREIEN BERUFE: GESPRÄCHE MIT DEM VERBAND IN BAYERN

Ob Apotheker, Physiotherapeuten, niedergelassene Ärzte, Anwälte oder Architekten – die Mitglieder der Freien Berufe spielen eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft. In dieser Woche haben wir mit dem Vorstand des Verbandes Freier Berufe in Bayern (VFB) intensiv erörtert, wo der Schuh drückt und welche aktuellen Herausforderungen die verschiedenen Berufsgruppen betreffen. Besonders im Hinblick auf bürokratische Hürden, die zunehmende Digitalisierung und die Sicherstellung einer nachhaltigen Versorgung in ländlichen Gebieten standen wichtige Themen im Mittel-

punkt. Der Austausch bot die Gelegenheit, Lösungsansätze zu diskutieren und zu überlegen, wie wir als Politik die Rahmenbedingungen für die Freien Berufe in Bayern weiter verbessern können. Ein produktiver Dialog, der wertvolle Impulse für unsere politische Arbeit in Bayern geliefert hat.



90 JAHRE FLUGPLATZ KEMPTEN-DURACH: EIN MEILENSTEIN FÜR DIE REGION

Mit 713 m ü. M. ist er der höchstgelegene Flugplatz Deutschlands - der Flugplatz Kempten-Durach, der in diesem Jahr sein 90-jähriges Jubiläum feiert. Am Freitag wurde der Auftakt mit einem Festakt begangen, bei dem der Astronaut und Airbus-Testpilot Klaus D. Flade, Kunstflugweltmeister Matthias Dolderer und der Lufthansa-A 380-Ausbildungskapitän Alexander Wild großes Fliegerflair ins Audi Max der Hochschule Kempten zauberten. Dieses Jubiläum ist nicht nur ein Grund zum Anstoßen, sondern auch Beleg für die lange Geschichte und die Entwicklung des Flugplatzes seit 1935, der mittlerweile zu einem wichtigen Teil der Infrastruktur unserer Region geworden ist. Seit 2012 ist auch der Rettungshubschrauber Christoph 17 hier stationiert. Ich selbst habe seit Kindertagen ein besonderes Verhältnis zum Flugplatz Durach: Ich habe meinen Vater an Sonntagen immer wieder zum Flugplatz gezogen, um stundenlang die startenden und landenden Flugzeuge zu bestaunen. Das mag auch daran liegen, dass mein Onkel immer wieder davon erzählte, wie er in den 1940er-Jahren als Pilot dort beim Dreh für den Spielfilm »Quax in Afrika« mit Heinz Rühmann

selbst flog. Denn viele Szenen des Fliegerfilms wurden auf dem Flugplatz in Durach gedreht. Interessant hierbei, dass aufgrund des 2. Weltkriegs manche aus dem Filmteam extra für die Dreharbeiten vom Kriegsdienst freigestellt wurden. Danach mussten sie teilweise wieder an die Front. Nach den Erzählungen haben deshalb der Rühmann und der Kameramann Ewald Daub die Aufnahmen künstlich hinausgezögert. Zum 90-jährigen Jubiläum wird es im Rahmen des Fliegerfestes vom 4. bis zum 6. Juli eine große historische Ausstellung geben.

WAS SONST NOCH WAR:

- ▶ Jury-Sitzung des Bayerischen Integrationsrats mit Auswahl der Preisträger des Bayerischen Integrationspreises (Bekanntgabe am 12. Mai 2025)
- ▶ Altstadtbegehung Freunde der Altstadt Kempten e.V.
- ▶ Geburtstage: gleich zwei Mitarbeiterinnen aus meinem Team durften in diesen Tagen ihren Geburtstag feiern. Und da solche Gelegenheiten die besten Momente sind, »Danke« zu sagen, möchte ich das an dieser Stelle auch noch mal tun.



IMPRESSUM

Alexander Hold (v.i.S.d.P.)
Salzstraße 12
87435 Kempten

Telefon 0831 9909 3001
alexander.hold@fw-landtag.de
www.alexander-hold.de